

Und es ward dunkel

Zu: „Ratzinger ringt sich zu Entschuldigung durch“, FR-Politik vom 25.1.

Als ein wahrer Nachfolger Petri erweist sich Benedict XIV. Laut Bericht der FR hat er drei Mal geleugnet, bei der Entscheidung über den straffälligen Priester dabei gewesen zu sein. Das Protokoll dokumentiert seine Anwesenheit. Drei Mal hat nach dem Evangelium des Matthäus Petrus im Hof des Hohepriesters geleugnet, bei Jesus gewesen zu sein. „Ich kenne den Menschen nicht“. Nach dem dritten Mal „krächte der Gänswein“: Das sind alles redaktionelle Fehler. Und es ward dunkel in der Kirche.

Dieter Reitz, Mainz

Diskussion: frblog.de/benedikt-2

Keine Synonyme

Zu: „Wie eine Religion sich demontiert“, FR-Politik vom 24. Januar

„Religion“ und „Kirche“ sind semantisch nicht dasselbe und taugen nicht als Synonyme. Demontiert hat sich die klerikalistisch verfasste katholische Kirche, aber nicht die christliche Religion. Carsten Hänche, Herborn

Erfolg für die Demokratie

Bundestagsdebatte: „Die Impfpflicht nimmt Gestalt an“, FR-Politik v. 26.1.

An alle Parlamentarier, Institutionen und Medien! Bitte diskutieren Sie frei von Fraktionszwängen, frei von Image. Frei von festgefassten Meinungen, wie und was richtig ist. Keine Verantwortung bei Experten und Beratern abgeben. Hauen sie sich nicht ihre Statements und Verurteilungen um die Ohren, bitte, lassen Sie es sein. Nur wenn Sie ehrlich, als freier Mensch mit Herz und Verstand, im Forum um eine gute Lösung ringen, wird Akzeptanz und Beifall gelingen. Heute ist die Gelegenheit, einen Erfolg für die parlamentarische Demokratie und unsere Gesellschaft wahr werden zu lassen!

Mein persönlicher Wunsch ist, dass sich ein Weg aufzeigt, geprägt von Freiwilligkeit und frei von zwingenden Verordnungen. Markus Marnet, Unna

Diskussion: frblog.de/impfpflicht-5

SORRY

Anders als im „Sorry“ vom 25.1. (S.32) behauptet, leistete sich der damalige Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Laschet seinen Lach-Fauxpas nicht im Ahrtal (Rheinland-Pfalz), sondern in Erftstadt (NRW).



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220124

Nato-Osterweiterung schafft nur Probleme

Ukraine-Konflikt: „Kanzler als unsicherer Kantonist“ und „Christliche Seefahrt“, FR-Politik v. 25.1. u. FR-Meinung v. 25.1.

Scholz sollte nicht auf die Falken reinfallen

Die zugespitzte Situation im Donbass bzw. der Ukraine erinnert an die Lage vor dem Kosovokrieg 1999 und dem zweiten Golfkrieg 2003. Jeweils im Vorjahr gab es neue sozialdemokratisch geführte Bundesregierungen unter Kanzler Schröder.

Den Kosovokrieg kennzeichnete Schröder im Nachhinein als völkerrechtswidrig. Beim zweiten Golfkrieg sagte der damalige Kanzler bereits im Vorfeld, dass die Bundesrepublik für solche Abenteuer nicht zur Verfügung stehen würde. Hatte sich die Bundesregierung 1998 noch von den Amerikanern zu dem ein Jahr später startenden Waffengang überrumpeln lassen, d.h. am bereits in Washington beschlossenen Krieg teilzunehmen, so gelang das den USA im Jahr 2002/2003 nicht mehr.

In der Ukraine, in den USA (auch in Deutschland) und auch andernorts gibt es Menschen, die den Konflikt im Donbass gerne ansitzen würden, um am Minsker Abkommen vorbei in der Ukraine Fakten zu schaffen. Krieg mit Russland in der Ukraine heiße dann: kein Gas durch Nordstream II, Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Russland, und genau das ist es, was jene Falken haben wollen. Die Bundesregierung wäre gut beraten, nicht wieder darauf hereinzufallen. Waffenexporte in das Spannungsgebiet Ukraine sind nach deutscher Gesetzgebung übrigens illegal.

Burkhard Nobbe, Mannheim

Waffenlieferungen würden die Eskalation anheizen

Karl Doemens Beitrag lässt bei mir als Leserin den Ärger wachsen! Ich kann nur hoffen, dass sich hierzulande kein:e Politiker:in noch mehr als bisher von der zunehmenden Hysterie anstecken lässt. Es gibt sehr gute Gründe, keine Waffen in die Ukraine zu schicken: Nicht nur, dass russische Menschen bereits einmal millionenfach von deutschen Waffen massakriert wurden, sondern auch, dass Waffen zur weiteren Eskalation beitragen und dennoch der enormen

Übermacht russischer Waffen, nichts entgegenzusetzen haben. Die Sanktionen können die Amerikaner gut planen und offenbar möglicherweise auch seelenruhig gegen ihre angeblichen Verbündeten richten – die Folgen treffen ja eher Europa. Und bei Nord Stream 2 gibt es deutlich auch sehr eigene Motive, dieses Projekt wegzukicken!

Erstaunlich übrigens, dass es offenbar schon wieder so viel Hochmut zu geben scheint jenseits des Atlantiks nach den Debakeln der letzten Zeit! Insgesamt scheint mir, dass sich die Nato mit ihrer massiven damaligen Unterstützung des westorientierten Umsturzes in der Ukraine – ein vorläufig letzter Coup im Zuge der Nato-Osterweiterung – ein sehr hässliches Dauerproblem selbstverschuldet ans Bein gebunden hat.

Barbara Erben-Wunder, Hamburg

In einer Sphäre gegenseitigen Misstrauens

Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach hatte in einer Expertenrunde seine Einschätzung vorgetragen, dass man sich bei der Lösung des Ukraine-Konflikts von Illusionen verabschieden müsse. Tatsache sei, dass die Krim de facto wieder russisches Staatsgebiet sei – so wie seit der Gründung der Sowjetunion bis 1954. Erst Chruschtschow gliederte sie damals der Sowjetrepublik Ukraine an; nach der Auflösung der UdSSR verblieb sie als autonome Republik im ukrainischen Staatsgebiet. 2014 erfolgte die Annektierung durch Russland. Es ist nicht davon auszugehen, dass Putin dies korrigieren wird. Vermutlich findet er dafür den Beifall der Bevölkerungsmehrheit. Die Krim, so wie sie ist, muss in jede realpolitische Überlegung einbezogen werden. Es war gut, dass der Marineinspekteur das erkannt und auch deutlich gesagt hat.

Ebenso zeugt es von politischem Verantwortungsbewusstsein, dass der Offizier die Sicherheitsinteressen Russlands genauso ernst nimmt wie die der Ukraine, Polens und der baltischen Staaten, nicht zuletzt auch die Deutschlands. Sicherheit sei ohne Deeskalieren nicht möglich.

Selbst wenn es schwerfällt, dem autoritär regierenden, Menschenrechte verachtenden Putin beizupflichten: Sein Anspruch auf Respekt gegenüber Russland ist legitim. Zugegeben, ich kann mir andere Formen des Protests gegen den Westen vorstellen als das Säbelrasseln an der ukrainischen Grenze. Doch vermutlich sind alle, die heute in den ehemaligen Sowjetrepubliken den Ton angeben, in einer Sphäre des Misstrauens aufgewachsen und haben dies verinnerlicht. Eine Ausnahme bildet lediglich die Regierung des katholisch-nationalistischen Polens, die den katholischen Absolutismus adaptiert, was aber moralisch keine Verbesserung ist.

Der Ex-Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, kritisierte den Umgang der Bundesregierung mit Schönbach und sagte, er hätte versucht, seine Entlassung zu verhindern. Das sind klare Worte und eine Aufforderung zum eindeutigen Handeln. Doch diese Regierung versucht, sämtlichen Problemen auszuweichen, was dazu führt, dass sie zusätzliche Verwicklungen schafft. Will sie tatsächlich die Bundeswehr in einen Auslandseinsatz schicken, der noch widersinniger wäre als alle bisherigen?

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Wenig ausgeprägtes Urteilsvermögen

Nach der politischen Meisterleistung eines leitenden Bundeswehroffiziers. Schönbach, wird mir langsam klar, warum der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan so erfolgreich war, wie er war. Auch in Mali präsentiert sich der Erfolg einer Ausbildungsunterstützung durch die Bundeswehr mit fragwürdigem Ergebnis: einem Militärputsch! Jetzt dürfen Bundeswehrosoldaten für Putschisten kämpfen!

Ich glaube, es wird Zeit, dass sich unser Bundestag mit dem politischen Bewusstsein und dem Ausbildungsstand der Bundeswehrführung beschäftigt! Das politische Urteilsvermögen eines leitenden Offiziers sollte ausgeprägter sein, als es sich im Redebeitrag von Schönbach zeigt. Carsten Dietrich Brink, Gauting

Diskussion: frblog.de/heusgen

Das gewandte „Fräulein vom Amt“ war geachtet

Zu: „Von Herrleins und Frauen“ und „Äußerst herabsetzend“, FR-Meinung und -Forum vom 20. Januar

Es mag sein, dass „Fräulein“ in manchen Zusammenhängen auch geringschätzig verwendet wurde; wie im Leserbrief von Ilse Winkler geltend gemacht. Das entspräche dem Verfall sprachlichen Aufwertens: im Jahrhundertwandel nur der Name oder eigene Stellung – angeredet in dritter Person –, die gewürdigte Jungfer, das edle Fräulein, die gehobene Frau, die einst höfische, nun auch schillernde Dame, in Presseberichten das Ausdehnen der Frau auf die kindhafte Maid.

Jedoch waren in der Umgangssprache das gewandte „Fräulein vom Amt“ und das

wendige im Gasthaus ebenso achtungsvoll wie das tüchtige in Sozialberufen. Frauenbewegt bestanden bis in die Zeit des amtlichen Federstriches ledige Lehrerinnen und andere Frauenberufler auf der Anrede Fräulein, um zu bekräftigen, dass sie in Beruf und Leben ehelos „ihren Mann stehen“ – Was ein geschlechtsloses Sprachbild ist. Oder sich selbst als Junggeselle bezeichneten. Dem abgängigen jugendlichen Fräulein ist im „Alltagshandeln sprachlich ebenbürtig“ der junge Mann. Dieser wird bis in unsere Tage auf jedes Alter angewandt; teils leutselig, teils herab-

lassend. Ohne Geschlechterkampf.

Zu nicht gegenderten Arbeiten gebe es an Unis keinen Zwang; Empfehlungen sind im Machtgefälle Aufforderungen; etwa wenn ein Fachbereich sich gegen den Gebrauch von Bezeichnungen mit dem Wortstamm „man/n“ verwahrt, wiewohl dessen Bedeutung „mensch“ vielfach fortlebt. Leitfäden für Studienleistungen enthalten Vorgaben zum „Gendern“. Und es gibt die Auffassung, Lehrfreiheit sei Vollmacht, dass „schlechter bewertet“ wird. Es „schafft Sprache gesellschaftliche Hierarchie“? Diese

Annahme verleitet Autoritäre – ob Kolumnist oder Herrscher – zu Sprachregelungen. Geben selber die Sprachpolizei, auch, indem sie es bestreiten. Die „gesellschaftliche Entwicklung und Sprache in eins zu bringen“, unterliegt freilich keinem Willensakt. Vielmehr ergibt sich der Wortgehalt aus der Sicht auf die Sache und ihrer Bewertung; daher der Bedeutungswandel von Worten. – Die gesamte Kolumne gegen dreimal „alten weißen Mann“ ist Krawall, der „sexistische Ausfälle und unterkomplexe Eskapaden in eine Sphäre des „Feminismus“ verortet. Ulrich J.Heinz, Marburg